

Malediven im Überblick

zusammengestellt von Peter Lanzet

Demokratischer Machtwechsel – nächste Phase

Die Malediven vollzogen im September 2018 durch die demokratische Neuwahl des Präsidenten einen klaren Machtwechsel. Die Wählerinnen und Wähler haben der autokratischen, islam-fundamentalistischen und China-orientierten Politik des 2013 ins Amt gelangten Präsident Abdulla Yameen von der Progressiven Partei eine deutliche Absage erteilt. Der Kandidat der Demokratischen Partei, Ibrahim Solih, errang eine Zweidrittelmehrheit. Bei den Parlamentswahlen im März 2019 konnte die Partei dieses Ergebnis wiederholen. Abdulla Yameen hatte seit 2013 die Polizei und das Rechtssystem korrumpiert, das Parlament entmachtet, die Presse- und Versammlungsfreiheit eingeschränkt, den Einfluss fundamentalistischer Kleriker auf die Politik gestärkt und den Archipel wirtschaftlich und geopolitisch weg von Indien und hin zu China und Saudi-Arabien geführt. Yameen und seine Partei verschuldeten das Land in einer bis dato unbekanntem Höhe vor allem gegenüber China, und Sie haben sich an den Einkommensquellen des Tourismus bereichert. Legendär ist das Enthüllungsvideo *Stealing Paradise* der Nachrichtenagentur Al Jazeera.¹ Das Video dokumentiert das Verschwinden von rund 90 Millionen US-Dollar an Zahlungen von Ressortbetreibern an den Maledivischen Staat. Geldwäsche in Höhe von einer Million US-Dollar konnte dem ehemaligen Präsidenten nachgewiesen werden. Am 27. November, rund 15 Monate nach seiner Abwahl, verurteilte der Oberste Gerichtshof Abdulla Yameen zu fünf Jahren Gefängnis und einer Strafzahlung von fünf Millionen US-Dollar. Weitere Verfahren zu dunklen Finanzgeschäften sind anhängig. Die in die Opposition gedrängte Progressive Partei der Malediven protestierte in den Straßen von Male gegen das Urteil und bezeichnete es als politisch motiviert, krass unfair, ein Fehlurteil.

¹ <https://www.aljazeera.com/investigations/stealing-paradise/>

Mohamed Nasheed Parteivorsitzender

Die Demokratische Partei wählte am 22. November den früheren Präsidenten der Malediven, Mohamed Nasheed (2008-2012), erneut zum Parteivorsitzenden, eine Position, die er bereits 2008 innehatte. Auffällig war die geringe Wahlbeteiligung der Parteimitglieder. Nasheed war Kandidat der Demokratischen Partei für die Präsidentschaftswahl gewesen.

Jedoch hinderten ihn das Wahlgesetz und seine Verurteilung 2013 durch das Oberste Gericht des alten Regimes zu 13 Jahren Haft daran, zu kandidieren. Stattdessen war Ibrahim Solih zum Kandidaten gekürt worden. Mohamed Nasheed übernahm nach dem Machtwechsel und nach der Parlamentswahl das Amt des Sprechers im *Majli* (Parlament).

Haushalt, Finanzen, Schulden, Investitionen

Das Parlament verabschiedete am 4. Dezember mit 77 von 87 Stimmen den Haushalt für das Jahr 2020 mit einem Rekordvolumen von 2,4 Milliarden US-Dollar. Dem stehen Einnahmen in Höhe von 1,9 Milliarden US-Dollar gegenüber. Der Haushalt beinhaltet ein Investitionsprogramm, hauptsächlich für Infrastruktur, in Höhe von 635 Millionen US-Dollar. Das Haushaltsdefizit von etwa 660 Millionen US-Dollar soll unter anderem durch den Verkauf von Staatsanleihen an der Börse in Japan in Höhe von 300 Millionen US-Dollar ausgeglichen werden. Das Defizit wird etwa 6,2 Prozent der Wirtschaftsleistung erreichen. Der Haushalt sieht Schuldendienste in Höhe von 120 Millionen US-Dollar vor.

Anfang Oktober haben die Malediven von der *Islamischen Trade Finance Cooperation* einen Finanzrahmen in Höhe von 1,5 Milliarden US-Dollar eingeräumt bekommen. Dies soll die Fremdwährungsliquidität des Landes vor allem für den Öl- und Gasimport sicherstellen sowie kleine und mittlere Unternehmen fördern. Darin kann ein Schritt zur Diversifizierung der finanziellen Abhängigkeit von China und Indien gesehen werden. Es bedeutet aber auch eine Schwächung der proklamierten CO₂ freien Energiegewinnung, die die Malediven zusammen mit anderen vom Klimawandel bedrohten Inselstaaten von großen CO₂ ausstoßenden Ländern fordern.

Auslandsschulden

Eine transparente Darstellung der Auslandsgesamt-schulden unter Einschluss der Forderungen Chinas ist der Presse des Landes und der Website des Finanzministeriums selbst nach der Haushaltsdebatte nicht zu entnehmen. Die Weltbank weist für 2018 öffentliche Gesamtverbindlichkeiten der Malediven gegenüber dem Ausland in Höhe von 2,3 Milliarden US-Dollar aus. Entsprechend den Nachhaltigkeitskri-

terien von IWF und Weltbank für Schulden sind die Malediven mit 9,2 Prozent der Exporte und 42 Prozent der Wirtschaftsleistung schwach bis mittelstark im Ausland verschuldet. Wie bereits in Heft 3/2019 SÜDASIEN („Chinesische Zwangsjacke“) berichtet, überreichte der chinesische Botschafter dem neuen Präsidenten nach der Wahl im September 2019 eine Rechnung mit Gesamtforderungen in Höhe von 3,2 Milliarden US-Dollar öffentlich verbürgter Schulden, von denen im Finanzministerium nur 1,5 Milliarden US-Dollar dokumentiert zu sein scheinen. Diese erstaunliche Tatsache deckt sich mit den Ergebnissen einer aktuellen Studie des Kieler Weltwirtschaftsforums (6/2019) über Chinas Auslandskredite. Sebastian Horn und andere Autoren gehen davon aus, dass von den rund 500 Milliarden US-Dollar an chinesischen Auslandsforderungen etwa die Hälfte versteckt oder verborgen ist.

Schlüsselvorhaben

Als Schlüsselprojekte für 2020 werden etwa der Neubau des Hauptseehafens der Malediven auf der in Males Nachbarschaft liegenden Lagune Gulhifalhu ausgewiesen, einschließlich Arbeiten zum Bau einer Brücke von Male nach Westen zu diesem Handelshafen über die Insel Vilimale. Eine neue Abfertigungshalle soll die Kapazität des Internationalen Flughafens erhöhen. Krankenhäuser und 10.000 Wohnungen und Häuser sollen in fünf Regionen des Archipels gebaut werden. Ferner sollen Fischfabriken modernisiert, drei neue technische und handwerkliche Ausbildungsstätten eingerichtet und Seniorenheime an drei zentralen Orten des Archipels errichtet werden. Um das Wahlversprechen, die Dezentralisierung von Verwaltung und Regierung, voranzutreiben, sollen die 19 Atoll-Räte Mittel in Höhe von 100 Millionen US-Dollar erhalten. Nachdem ein Bericht des Rechnungshofes dokumentierte, dass Polizei, Gefängnisverwaltung und Innenministerium etwa fünf Millionen US-Dollar ohne Ausschreibungen ausgegeben hatten, wurden neue Vergaberichtlinien vorgegeben.

Geopolitische Einbindung

Die Abhängigkeit der Malediven von den großen Nachbarn macht sich etwa in der Haltung bemerkbar, Indiens Entzug der staatlichen Eigenständigkeit in Jammu und Kaschmir als innere Angelegenheit zu bezeichnen. Während eines Treffens der Parlamentssprecher südasiatischer Länder in Male Anfang September nahmen die Malediven dafür die

Brüskierung Pakistans in Kauf. Pakistan wollte neben dem Protest gegen diese Politik Indiens auch seine Unterstützung für die chinesische *Belt and Road*-Initiative im Konferenzdokument zum Ausdruck kommen lassen, scheiterte damit aber am Votum des Gastgebers Malediven.

Beim Besuch des indischen Außenministers S. Jaishankar Mitte September unterzeichneten er und sein maledivischer Amtskollege Abdulla Shahid einen Vertrag zur gegenseitigen Unterstützung bei der Bekämpfung der Kriminalität sowie der Kooperation bei Ermittlungen und Verfolgung von Straftaten. Zuvor hatte Außenminister Jaishankar beim 70. Jahrestag des Commonwealth in London die Organisation aufgefordert, die Reaktivierung der Mitgliedschaft der Malediven im Commonwealth zu beschleunigen. Anfang Dezember übergab Indien ein neues Patrouillenboot *Make in India* an die Marine Malediviens. Die Besatzung war in Indien dafür fortgebildet worden. Es soll die Sicherheit der Malediven und des Tourismus auf den Inseln gewährleisten und die Eigenständigkeit der Nation im Blick auf die Präsenz chinesischer Schiffe im Indischen Ozean betonen. Bei der Übergabe wurde eine Videokonferenz zwischen dem indischen Premierminister Narendra Modi und dem maledivischen Präsidenten Ibrahim Solih geschaltet. Modi unterstrich die Freundschaft zwischen beiden Ländern sowie Indiens Verpflichtung, den Malediven bei der Entwicklung und Festigung der Demokratie zu helfen und ihre Sicherheit zu unterstützen.

Reorganisation des Obersten Gerichtshofs

Ein zentrales Wahlkampfversprechen des neuen Präsidenten Ibrahim Solih war die Reorganisation des Obersten Gerichtshofs und die Sicherung der richterlichen Unabhängigkeit. Sein Vorgänger Yameen hatte wiederholt in Besetzungsfragen und laufende Verfahren des Obersten Gerichts zugunsten seiner politischen Zwecke eingegriffen und unliebsame politische Konkurrenz aus dem Weg geräumt. Auf diese Weise wurden zwei Ex-Präsidenten, zwei Vizepräsidenten, zwei Richter am Obersten Gerichtshof, zwei Verteidigungsminister sowie fast alle Führer von Oppositionsparteien und eine ganze Reihe von Parlamentsmitgliedern unter der Antiterrorgesetzgebung zu langjährigen Haftstrafen verurteilt.

Das Oberste Gericht wurde vom neu gewählten Parlament auf sieben Richterstellen erweitert. Der Präsident berief nach Konsultation mit der Dienstkom-

mission die Richterinnen Dr. Azmiralda Zahir sowie Aisha Shujune Mohamed. Sie sind die ersten Richterinnen am Obersten Gerichtshof. Husnu Suood, ein früherer Generalstaatsanwalt, und der frühere Richter Muthasim Adnan wurden ebenfalls zu Richtern am Obersten Gericht berufen.

Absetzung eines Richters

Die Abstimmung zur Absetzung von Richter Abdul Ghanee Mohamed durch das Parlament verlief erfolgreich. Er war das letzte verbliebene Mitglied des von Yameen ernannten, früher fünfköpfigen Obersten Gerichts. Die Kommission für den Juristischen Dienst hatte dem Parlament die Absetzung des Richters unter anderem mit Verweis auf den Bericht einer Untersuchungskommission vorgeschlagen. Mittels juristischer Spitzfindigkeiten hatte er 60.000 Wähler(inne)n für über ein Jahr das Wahlrecht entzogen und einem Dutzend gewählter Mitglieder des Parlaments die Ausübung ihres Mandats verwehrt. Darüber hinaus wollte er einen Justizrat als vorgesetzte Behörde aller Richter schaffen. Ein Vorhaben, das bereits 2011 das Oberste Gericht als verfassungswidrig abgelehnt hatte.

Amtsverzicht der Generalstaatsanwältin

Mit dem Amtsverzicht der Generalstaatsanwältin Aishath Bisham am 27. November verließ eine der Altlasten des Yameen-Regimes die politische Bühne. Sie gab dem erheblichen Druck des Parlaments und der Öffentlichkeit nach. Sie war Yameens Rechtsreferentin gewesen und beschuldigt worden, nach ihrer Amtsübernahme 2015 die Anweisungen des Präsidenten direkt ausgeführt zu haben. Unter anderem ließ sie die erwähnten Präsidenten, Vizepräsidenten, Parteiführer und andere verhaften. Willfähige Richter sorgten für deren Verurteilung. Zwei Verdächtige im Mordfall des regimekritischen Journalisten Ahmed Rilwan kamen aufgrund ausgesetzter Ermittlungen frei. Die Verfassung setzt hohe Hürden vor die Entlassung eines Generalstaatsanwalts. Durch ihren Amtsverzicht kam sie der Amtsenthebung zuvor und erhielt noch einen Dankes-Tweet für ihre geleistete Arbeit vom Präsidenten Solih. Dieser ernannte den bisherigen Vizegeneralstaatsanwalt Husain Shameem zum neuen Generalstaatsanwalt des Landes.

Neues Antiterrorgesetz

Das alte Antiterrorgesetz war vom Yameen-Regime

häufig für unrechtmäßige Verhaftungen und Verurteilungen missbraucht worden. Jetzt kann die Polizei Verdächtige nur noch 24 Stunden ohne Gerichtsbeschluss festhalten. Bei begründetem Verdacht auf eine Bomben- oder Waffenproduktion können Festnahmen und umfassende Leibesvisitationen ohne Beschluss vorgenommen werden. Die Unterstützung von Terrororganisationen stellt nun ein Verbrechen dar. Die Beteiligung an fremden Kriegen wird unter härtere Strafen gestellt. Das neue Gesetz behandelt auch die mögliche Integration von Rückkehrenden.

Aus den Malediven haben sich geschätzt rund 200 Personen am Krieg des IS im Mittleren Osten beteiligt. Niemand der Rückkehrenden ist bislang dafür verurteilt worden. Die Polizei und das Präsidialkomitee zu Tod und Verschwinden im früheren Regime bereiten jetzt Verfahren gegen Terrorverdächtige vor. Einer davon ist Mohamed Ameen, den die USA als Terroristenführer bezeichnen. Er wurde im Oktober wegen Rekrutierungen für den IS verhaftet. Er soll Finanz- und Technologieunterstützung geleistet und enge Beziehungen zu den Führern des IS unterhalten haben. Angeklagt sind außerdem Mohamed Mazeed und Somith Mohamed, die den Maledivischen Zweig der *Al-Qaeda* angeführt haben sollen. Ihnen werden die Morde am Parlamentsmitglied Dr. Afrasheem Ali im Oktober 2012, am Journalisten Ahmed Rilwan im August 2014 und am Blogger Yameen Rasheed im April 2017 zur Last gelegt.

Versammlungsfreiheit

Das Yameen-Regime hatte die Versammlungsfreiheit stark eingeschränkt. Politische Versammlungen durften ab 2016 nur noch an einem Ort im Osten der Hauptstadtinsel abgehalten werden und auch nur nach schwierigen Genehmigungsverfahren. Ibrahim Solih, damals Oppositionsführer, bezeichnete diese Maßnahmen 2016 als verfassungswidrig. Das Gesetz über die Versammlungsfreiheit und weitere Gesetze aus der Yameen-Zeit zur Einschränkung der Demokratie werden jetzt einer Neubewertung unterzogen. Innenminister Imran Abdulla und Polizeichef Mohamed Hameed unterstrichen jedoch gegenüber dem Parlamentsausschuss für Nationale Sicherheit und Auswärtige Beziehungen, bei einer völligen Aufgabe der strikten Regeln für die Versammlungsfreiheit bestehe eine Gefahr für das System. Man könne aber die Regeln anders auslegen, mehr Versammlungsorte zulassen und die Bewilligungshürden weniger hoch setzen. Hier fiel noch keine Entscheidung.

UN-Sonderberichterstatter zum Thema Folter und erniedrigende Behandlung

Eine Woche vor dem 24. November besuchte der UN-Sonderberichterstatter zum Thema Folter, Nils Melzer, auf Einladung der Regierung die Malediven, um Fälle aus der Vergangenheit zu untersuchen und Reformen vorzuschlagen. Sein Bericht wird dem UN-Menschenrechtsrat in Genf im März 2021 vorliegen. In der abschließenden Pressekonferenz am 24. November zog Melzer eine Bilanz seines einwöchigen Besuchs. In dessen Verlauf hatte er Polizeistationen, Untersuchungsgefängnisse und Strafvollzugseinrichtungen für Erwachsene und Jugendliche besucht und zahlreiche Interviews mit Verantwortlichen und Betroffenen geführt. Melzer bedauerte, dass die Nationale Menschenrechtskommission und die Kommission für Nationale Integrität kein effektives System zur Beachtung der Menschenrechte beim Strafvollzug einführen konnten. Bis dato sei kein einziger Justizbeamter im Zusammenhang mit Foltervorwürfen zur Verantwortung gezogen worden. Kein Folteropfer habe eine Anerkennung oder Schadensersatz erhalten. Alle Ansprüche waren vom Büro des Generalstaatsanwalts aus Mangel an Beweisen zurückgewiesen worden. Von den 275 Folterklagen seit 2013 wurden nur 14 weiterverfolgt. Von den 43 Fällen, die der Menschenrechtskommission 2019 vorlagen, kamen nur vier Fälle zur Anklage. Drei davon wies die Polizei wegen mangelnder Beweise zurück. Melzer führte aus, dass Straflosigkeit bei Fehlverhalten von Offiziellen den tiefstehenden Zweifel in der Bevölkerung an der Integrität und Verlässlichkeit der Polizei und der Justiz stärkt. Er bedauerte besonders die menschenunwürdigen Verhältnisse in den Gefängnissen.

Melzer beobachtete ebenso grobe menschenrechtliche Verstöße bei der Behandlung von Arbeitsmigranten. Er begrüßte die Einführung eines Registers. Bis dato gab es keine Übersicht über Arbeitsmigranten, ihre Lebens- und Arbeitsverhältnisse. Melzer forderte die Regierung abschließend auf, sich unzweideutig hinter eine Politik der Nulltoleranz bei Folter zu stellen und strenge Bestrafungen durchzusetzen. Ferner sollte die Regierung unverzüglich die Kompetenz ermittelnder Behörden stärken, sowie Polizei, Militär und Justizvollzugspersonal fortbilden.

Schließen einer NGO

Die Regierung ließ Anfang Oktober 2019 die Men-

schenrechtsorganisation *Maledivian Democracy Network* (MDN) schließen. Ob sie gegenwärtig wieder arbeiten kann, ist aus der Presse nicht ersichtlich. Die Webseite (www.mdn.mv) ist zugänglich. Es findet sich aber weder eine aktuelle Stellungnahme zur Schließung des Büros durch die Regierung noch eine Begründung. Hintergrund ist vermutlich eine Studie des MDN über maledivische Schulbücher zur Frage von Hass und fundamentalistischen Einstellungen in der Gesellschaft gegenüber Fremden und anderen Religionen, und inwieweit Schulbücher solche Einstellungen schüren. Laut Bericht werde zwar in den unteren Schulklassen der Islam noch als Religion der Liebe und Harmonie vermittelt. In den oberen Klassen verfestigen die vom Ministerium für Islamische Angelegenheiten verfassten Fibel jedoch Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit, glorifizieren umgekehrt den Islam und bezeichnen den *Jihad* als die Pflicht eines jeden Muslimen gegen muslimfeindliche Aktivitäten. In den Fibel für die 10. und 11. Klasse findet sich selbst die Unterstützung der Sklaverei. Die Presse fragte nach Veröffentlichung dieser Studie, ob hier ein Zusammenhang bestünde, dass aus den Malediven relativ viele IS-Kämpfer in den Irak und nach Syrien ausreisten. Die Malediven weisen hier die höchste pro-Kopf-Relation aus. Das Ministerium für Islamische Angelegenheiten griff das MDN direkt an. Es wolle mithilfe ausländischer Gelder die Bevölkerung der Malediven gegen den Islam aufbringen. In den sozialen Medien brach ein „Shitstorm“ los. Das MDN entschloss sich, den Bericht von der Website zu entfernen und eine Entschuldigung zu formulieren. Die Regierung hielt es anscheinend für angemessen, das MDN zu schließen, um keine öffentlichen Unruhen aufkommen zu lassen.

Der Fall eines Schuldirektors und einer des Ehebruchs angeklagten 25-jährigen Frau auf der Insel Naifuri (nördliches Atoll des Archipels) zeigt, wie politisiert religiöse und kulturelle Überzeugungen sind. Die junge Frau war vom Magistrat der Insel des Ehebruchs beschuldigt und zur Steinigung verurteilt worden. Das Urteil wurde von einem Gericht in Male abgeändert. Gleichzeitig hatte der Schuldirektor Ibrahim Ismail den Magistrat und islamische Kleriker des Atolls aufgefordert, nachzuweisen, wo im Koran der Prophet eine solche Bestrafung fordert. Ihm wurden daraufhin die Scheiben seines Schuldgebäudes eingeworfen, er wurde der Blasphemie bezichtigt, und man ließ ihn wissen, dass man seinen Aufenthalt kenne.